

## Politische Rundschau.

Deutschland.

\* Der Kaiser hat die Abtragung der alten Küste und Ostumwallung von Metz angeordnet. Diese Befreiung von den beengenden Festungsmauern wird man in der lothringischen Hauptstadt sicherlich freudig und dankbar begrüßen.

\* Die Fahrt der Kaiserjacht "Hohenzollern" nach dem Mittelmeer ist für die Sommermonate aufgesetzt. Die Reise des Kaisers nach Palästina soll erst im Oktober stattfinden.

\* Im nächsten Monat geht von Rio ein Transport zur Abholung von Mannschaften des Kreuzergeschwaders nach Ostasien. Derselbe wird außerdem mancherlei für die Schiffe des Geschwaders notwendige Ausrüstungsgegenstände mit sich führen.

\* Die Errichtung des Brück Adam in Gurinba durch einen brasilianischen Offizier dürfte der deutschen Regierung keine Veranlassung zu diplomatischen Schritten geben, weil der Errichter zwar von deutscher Abkunft, aber in Brasilien geboren war. Da dem Vater aller Wahlrechtslichkeit nach sein deutsches Bürgerrecht verloren gegangen ist, so war Brück Adam schon als Brasilianer geboren.

\* Im Bundesrat ist guten Vernehmen nach die Auffassung überwiegt, daß diese Körperschaft in der lippischen Erbschaftfrage, welche durch den Schaumburg-lippischen Antrag an ihn gebracht worden, nicht aussichtslos sei; anderer Meinung ist vielleicht nur Schaumburg-Lippe. Die Lippe-Landes-Italien berichtet darüber: "Der Beschluss des Bundesrats geht dahin, an die fürstliche lippische Regierung das Erreichen zu richten, zu veraufladen, daß vor der Bevölkerung des Bundesrats über den Antrag der Schaumburg-lippischen Regierung der Beratung des den lippischen Landtag vorliegenden Gesetzentwurfs betr. die Thronfolge und Regentshaft im Herzogtum Lippe kein Fortgang gegeben werde. Gleichzeitig mit diesem Beschluss hat der Bundesrat folgendes zum Ausdruck gebracht: Es bestand völliges Einverständnis darüber, daß der Bundesrat durch diesen Beschluss weder der Frage seiner Zuständigkeit noch der materiellen Entscheidung in dieser Sache vorgreifen will."

\* Aus den Erfahrungen, welche an den von Frankreich für die Bevölkerung der deutschen Okkupationsstruppen bezahlten Summen, den sog. Okkupationsgeldern, gemacht wurden, war Bayern vom Reich ein Betrag zugestanden, der sich heute mit Renten und Zinszahlungen auf 1300000 Pf. beläuft. Die Regierung wollte diese Summe zu einem Unterstützungs-fonds für die Hinterbliebenen von Offizieren verwenden, der Landtag aber verlangt vor allem eine ausreichende Unterstützung der Veteranen von 1866 und 1870/71. Schließlich wurde ein Ausweg dafür getroffen, daß zwar die ganze Summe als Stammkapital dem Unterstützungs-fonds für Hinterbliebene von Offizieren zugewiesen, jedoch gleichzeitig bestimmt wird, daß die Raten von einem Kapital bis 100000 Pf. zur Unterstützung bedürftiger Heidzugsteilnehmer verwendet werden.

\* Die angekündigte Revision der über die Sonntagsgrüße ergangenen Anordnungen ist von dem Reichskanzler angeregt worden. Sie ist, wie offiziös bemerkte wird, zu einem guten Teile durch die Wahnehrungen veranlaßt, welche hinsichtlich der Wirkung einiger für Berlin erlassenen Verordnungen zu machen waren.

\* Die Beratung des Flottengesetzes und des Marineetats in der Subgekommision des Reichstags wird am Montag beginnen. Das gesamte Begründungs-Material liegt nun vor.

\* Die betreffende Kommission des Reichstags erledigte am Mittwoch die wichtigen Paragraphen der Novelle zur Civilisatorordnung, welche die Zwangsvollstreckung in körperliche Sachen betreffen, wobei die im Entwurf vorgeschlagenen Strafbefehle erweitert wurden. Auch soll eine besondere Bestimmung zu Gunsten der Witwen und Waisen getroffen werden.

## Der treue Deutschtisch.

zu Erzählung a. d. Kaufhaus v. Oskar Merck.

(Fortsetzung)

Da der Oberst jedoch den Seinigen eine Nachricht von sich zu geben wünschte, willigte er anscheinend in das dreiste Verlangen, und verlangte Schreibmaterialien.

Diese erhielt er jedoch nicht so bald. Die Zeitlichkeit benutzte man vielmehr, ihn zur Erfüllung des hässlichen Abschöpfen recht gefügig zu machen.

Man entzog ihm fast alle Nahrung, nahm ihm die Strohmatte, auf welcher er lag, und das Sattelsättchen, dessen er sich als Kopfkissen bediente.

Als endlich der Unterhändler wieder erschien, teilte ihm dieser im Vertrauen mit, daß Schamil befahlen habe, ihn sofort niederauszumachen, um die Kosten der Unterhaltung und Bewachung zu sparen, wenn man an der Grenze die Zahlung des Lagersabes verweigern oder verzögern wolle.

Alsdann erhob' der Oberst Papier und ein nach italienischem Gebrauch geschäftiges Rohr als Schreibfeder, und man nahm ihm die Fesseln ab, damit er schreiben könne.

Als dieser Brief fertig war, in dem der Oberst bat, man möge ihn seinem Schatz überlassen, wurde er dem Befehlshaber im Dorf übergeben, welcher die Weiterbeförderung an einen russischen Grenzposten übernahm.

Der Gefangene selbst wurde nach Abgang des Briefes etwas menschlicher behandelt. Man beschwerte ihn nur mit einer Kette, die an den rechten Fuß und das rechte Handgelenk befestigt war.

## Österreich-Ungarn.

\* Ein Aufruf des freimaurigen Abgeordneten Kopp an die ehemaligen Mitglieder der Wiener Akademischen Legion vom Jahre 1848 lädt diese zu einer gemeinsamen Grinnerungsfeier der 48er Märkte ein.

\* Im Szabolcer Komitat nimmt seit einiger Zeit die sozialistische Bauernbewegung berartige kommunistische Tendenzen an, daß die Verhängung des Standesrechtes unvermeidlich scheint und wohl bald erfolgen dürfte.

Frankreich.

\* Am Mittwoch wurde der Chef des Generalstabes General Boissiere verommen; für ihn ist die Schulden-Dreyfus' unumstößlich festgestellt. General Gonse äußerte sich weniger sicher, der frühere Kriegsminister Mercier hält Dreyfus für schuldig, wogegen der frühere Justizminister Tarieu sagt, aus der Handschrift des Vorberaus habe sich für ihn die Unschuld Dreyfus' ergeben.

\* Am Donnerstag wurden im Zolldurchgang die Mitglieder des Kriegsgerichts gegen Dreyfus vernommen; dieselben verschwanden sich hinter ihr Amt und verweigerten die Aussage.

England.

\* Die Thronrede, mit der am Dienstag das Parlament eröffnet wurde, hat im allgemeinen verstimmt, weil sie nichts über die wichtigen Dinge in Ostasien sagt. Selbst der Globe findet, daß die Tugend der diplomatischen Diskretion zu weit gegangen ist und Mißtrauen erwecken muß. Gladstone äußerte sich an einem radikalen Abgeordneten, die einzige Hoffnung der Rückkehr des liberalen Partei zur Macht liege in ihrer Vereinigung mit Lord Rosebery und einem Antritt auf das Oberhaus.

\* Die Daily News berechnet die Kosten des Kampfes der englischen Maschinenindustrie. Durchschnittlich sind während der Zeit 70000 Arbeiter wöchentlich außer Arbeit gewesen. Der Verlust der Arbeiter begibt sich in jungen auf 4680000 Pfund. Berechnet man den Verlust der Fabrikanten auf 5696000 Pfund, so stellt sich eine Gesamtsumme von 10376000 Pfund (rund 208 Mill. Mark) heraus.

Italien.

\* Die Kammer hat die Wahl des Sozialisten Cypriani, der in Forli wiedergewählt war, nachdem seine Wahl bereits einmal für ungültig erklärt war, wiederum für ungültig erklärt.

Spanien.

\* Der bisherige Vertreter Spaniens in Washington hatte in einem Freund einen Brief gerichtet, in welchem er sich sehr energisch und unumwunden über die Politik Mac Kinleys Spanien gegenüber auspricht. Dieser Brief wurde, ehe er an seine Adresse gelangte, gestohlen und veröffentlicht. Die Stellung des Gesandten ist dadurch unhaltbar geworden und er hat seine Regierung um Abberufung.

Balkanstaaten.

\* Auf Kreta hat die Not den höchsten Grad erreicht. Das Konsularkorps berichtet über grenzenloses Elend in den Provinzen. 500 Personen sind infolge der Hungersnot dieser Tage von verschiedenen Küstentoren aus ausgewandert, 259 Männer, Frauen und Kinder befinden sich in Paleokastro, um nach Griechenland zu einkiehen, andere sind in Begriff, zu folgen, da die teilweise gefandene Hilfe vollkommen unzureichend ist, die Hunger steht in Gegenheit immer mehr Opfer fordert. Der Zustand der Provinz und der Stadt Kanaia ist herzerreißend traurig. Über 63000 Obdachlose sind in den umliegenden Provinzen bereits abschneitend.

\* Daß die vor einiger Zeit erfolgte Benennung König Milans zum Generalstabschef, welche die Zwangsvollstreckung in körperliche Sachen betreffen, wobei die im Entwurf vorgeschlagenen Strafbefehle erweitert wurden, in sicherer Beziehung erweitert wurden. Auch soll eine besondere Bestimmung zu Gunsten der Witwen und Waisen getroffen werden.

auf einem Brett, zu bezahlen seien. Unter der Herrschaft der Radikalen in Serbien hatte Russland nie an diese Forderung gedacht. Ihre Geltendmachung im gegenwärtigen Augenblick trifft das in schwieriger finanzieller Lage befindliche Serbien an der verwundbarsten Stelle.

\* Im Szabolcer Komitat nimmt seit einiger Zeit die sozialistische Bauernbewegung berartige kommunistische Tendenzen an, daß die Verhängung des Standesrechtes unvermeidlich scheint und wohl bald erfolgen dürfte.

Amerika.

\* Nach einem in San Francisco eingetroffenen Telegramm aus Guatemala wurde der Präsident Barrios ermordet. President Barrios wurde am 15. März 1892 auf fünf Jahre gewählt. Durch Dekret der konstituierenden Versammlung vom 30. August 1897 ist dann seine Regierungsperiode bis 1902 verlängert worden.

\* Der ganze mittelamerikanische Staat Honduras soll von einigen Geldschriften New Yorks gekauft worden sein und zwar mit Grund und Boden, Schulden, Miete und Beamtenamt!

Italien.

\* Präsident Krüger ist auf weitere fünf Jahre zum Präsidenten der Südafrikanischen Republik (Transvaal) gewählt worden.

## Aus dem Reichstage.

Der Reichstag legte am Mittwoch die zweite Staatsberatung des Amtsinhabers beim Titel "Staatssekretär" fort. Die Debatte drehte sich im wesentlichen um die Handelsvereinbarungen und die Währungsfrage, an der sich u. a. der Abg. Graf Ranke, Richter, Graf Blumenbach, Dr. v. Stumm, Graf v. Schwerin, Barth, Schönlanck und Röhlke beteiligten. Schließlich wurde das Schrift des Staatssekretärs und die folgenden Titel bis zu den Geheimdiensten genehmigt.

An 10. d. wird die am letzten Sonntagstags nicht zu Ende geführte erste Beratung des von den Abg. Kuer u. Gen. (soz.) eingebrachten Antrages fort, das Recht der Versammlung und Vereinigung und das Recht der Koalition fortgesetzt.

Abg. Roßdorff (fr. Vp.): Das so oft geforderte Vereinigungsrecht ist leider immer noch nur ein Schauspiel in dem Glasskranz der Verfassung. Das heutige Vereinigungsrecht in seiner Buntlichkeit und seine Handhabung durch die Behörden sind durchaus mangelhaft. Redner schildert jedoch, daß in dieser Beziehung bestehende Verhältnisse in Sachsen und Brandenburg. In Preußen sieht die Aufhebung des Koalitionsverbots für politische Vereine noch immer nicht in Achtung. Die Aufhebung ist von gleicher Wichtigkeit für alle Parteien. So habe ich vor mir ein Exemplar, daß der Abg. Mantuelli als Vertreter des Vereins der Wirtschaftsreformer an die Vorstände aller landwirtschaftlichen Vereine gerichtet und daß in dem Stellungnahme zu verschiedenen politischen Fragen gefordert wird. Würde auf dieses Exemplar auch nur ein einziger Verein antworten, so würde ein strafbares Verbindungsverbrechen nach der bisherigen Rechtsprechung zweifellos vorliegen und Herr v. Mantuelli dem Staatsanwalt verfallen sein. Für die Frauen wird das Vereinigungsrecht fast in ganz Deutschland durch die Handhabung der Vereinsgesetze vollständig illustriert gemacht. Die Sonntagsgrübe bestimmungen haben dem Kammergericht Anlaß zu einer Entscheidung gegeben, welche die Vereinsfreiheit auf das ernsthafte gebracht. Den Bauern-Verein "Nord-Ost" sind die Amtsgerichte mit großer Willkür entgegengetreten. Beschwerden beim Landrat blieben fruchtlos. Es heißt dort eben die neue Vorsteuerwirtschaft, die Amtsgerichte fühlen sich nicht als Behörden sondern als Parteien. Den Bauern-Verein "Nord-Ost" hilft man, während man den "Bund der Landarbeiter", der doch auch zu politischen Zwecken gebildet ist, überall gewöhnen läßt. Preußen soll ein Reichsstaat, die Vereine sind die Grundlage der Freiheit sein. Dort oben in Pommern und Westpreußen bemüht man sich, der Theorie einer agrarischen Freiheit aufzugehen. Auf eine Annahme des Antrags dürfen wir in der nächsten Zeit nicht rechnen. Aber es erfordert trotzdem neuen Friede, denn es ermöglicht es, die Wirtschaft auf dem Gebiete des Vereinsrechts zu beschreiten. Es kann bestehen, was auf dem Herzen ist, brauchen im Lande wird es verstanden werden.

Abg. Stolle (soz.) führt aus, der Antrag bedient nur die Verwirklichung dessen, was schon seit

50 Jahren dem deutschen Volke versprochen ist. Nichts ist in dieser Zeit zu diesem Zweck geschehen, in Sachen sei sogar der bekannte Vertragserhaltungsantrag zum Vereinrecht von Konservalen und Nationalliberalen angenommen worden unter Zustimmung der Regierung. Die Arbeiter könnten dort unter dem allgemeinen Vereinrecht nicht einmal vom § 152 der Gewerbe-Ordnung Gebrauch machen.

Die weiteren Ausführungen des Redners ergehen sich in Beschweren darüber, daß das Staatssekretär der Arbeiter in Sachen historisch gemacht werde. Die sozialistischen Amtshauptmannschaften seien noch schlimmer als die vom Vorsteher bestimmten pommerischen Landräte. Was nützt der § 17 des Wahlgesetzes, daß die Wahlaltung von Wahlversammlungen gesetzte, wenn man sie unter militärischen Gründen verbietet? Wenn der Minister v. Reich habe eine Ministerialordnung erlassen, die Übergriffe untergeordnete Organe vorbeugen sollte. Trotzdem habe der Abg. Hofmann 5 Jahre lang in seinem Wahlkreis keine Versammlung abhalten können. Obwohl unter dem 16. April 1892 verordnet sei, daß die Frauen an Versammlungen teilnehmen dürften, sei in Glauchau von einem Gendarmen eingeschritten worden, und dieser habe, erklärt: "Was geht mir der Minister an, was geht mir der Dr. Stolze an?" Andere Parteien gegenüber werde das Gesetz anders gehandhabt. Umgekehrt könnten andere Vereine den § 24 des sozialen Vereinrechts verlegen. Leider folge man auch im Großerzogtum Baden dem südländischen Beispiel und habe in Weimar selbst jede Sozialdemokratische Versammlung verhindert. Die Zustände seien so weit gediehen, daß sie eine Schmach seien für ein Kulturstaat.

Abg. Roßdorff (willib.): Die Sozialdemokraten sehen völlig zu Unrecht den Dr. v. Stumm als Typus des deutschen Arbeitgebers an. Eine große Zahl von Unternehmern stehen auf einem ganz anderen Standpunkt. Ich bin auch Leiter einer großen Aktiengesellschaft, aber ich erkläre die Forderung eines Reichsvereinrechts für durchaus berechtigt. Ganz besonders notwendig ist aber der Schutz des Koalitionsrechts. Auf dem Gebiete des Vereinrechts besteht eine zu große Buntlichkeit.

Besonders lästig ist das in manchen Staaten für politische Vereine bestehende Verbündungsverbot. Am häufigsten ist es jedoch fast überall mit dem Koalitionsrecht der Frauen und Männern verbunden. Ihnen ist es fast in allen deutschen Staaten unmöglich gemacht, gemeinschaftlich irgendwelche Befreiung ihrer wirtschaftlichen Lage zu erzielen. Das Verbündungsverbot ist strikt gar nicht durchführbar. Die Arbeiter kämpfen jetzt den Kampf, den früher die Bürger gegen die Junker haben durchsetzen müssen. Der Kampf wird um so leichter verloren, wenn wir die berechtigten Forderungen der Arbeiter als solche ohne weiteres anerkennen. Zu diesen berechtigten Forderungen gehört aber auch das Koalitionsrecht. Daß die Arbeiter sich bessere Lebensbedingungen schaffen wollen, ist nur das berechtigte Streben, vorwärts zu kommen, das eigentlich jeden Menschen betreffen sollte.

Abg. Büchel (soz.): Das so oft geforderte Vereinigungsrecht ist leider immer noch nur ein Schauspiel in dem Glasskranz der Verfassung. Das heutige Vereinigungsrecht in seiner Buntlichkeit und seine Handhabung durch die Behörden sind durchaus mangelhaft. Redner schildert jedoch, daß in dieser Beziehung bestehende Verhältnisse in Sachsen und Brandenburg.

Am Donnerstag fand die Abgeordnetenkammer statt. Die Sonntagsgrübe bestätigte die Beratung der Notstandsvorlage im Verbund mit dem Antrag der Riederschlagung der Planung für militärische Hilfe in den Lieferwagenmühlgebieten. Zu letzterem Punkte erklärte der Minister Dr. v. d. Recke, die Regierung sei fortsetzt nach den bestehenden Bestimmungen verfahren, werde aber bei der Bezeichnung der Liquidation mit möglichster Schonung verfahren. Sämtliche Redner waren darin einig, daß die in der Vorlage zur Verfügung gestellten 5 Millionen nicht ausreichen. Am Donnerstag fand das Abgeordnetenkammer die Beratung der Notstandsvorlage im Verbund mit dem Antrag der Riederschlagung der Planung für militärische Hilfe in den Lieferwagenmühlgebieten. Zu letzterem Punkte erklärte der Minister Dr. v. d. Recke, die Regierung sei fortsetzt nach den bestehenden Bestimmungen verfahren, werde aber bei der Bezeichnung der Liquidation mit möglichster Schonung verfahren. Sämtliche Redner waren darin einig, daß die in der Vorlage zur Verfügung gestellten 5 Millionen nicht ausreichen.

Am Dienstag fand das Abgeordnetenkammer die Beratung der Notstandsvorlage im Verbund mit dem Antrag der Riederschlagung der Planung für militärische Hilfe in den Lieferwagenmühlgebieten. Zu letzterem Punkte erklärte der Minister Dr. v. d. Recke, die Regierung sei fortsetzt nach den bestehenden Bestimmungen verfahren, werde aber bei der Bezeichnung der Liquidation mit möglichster Schonung verfahren. Sämtliche Redner waren darin einig, daß die in der Vorlage zur Verfügung gestellten 5 Millionen nicht ausreichen.

Während sie ihn mit immer neuen Quälereien verhören, fragten sie ihn häufig um Rat, und machten ihn sogar zu ihrem Schiedsrichter in den öfteren Streitigkeiten, die sie untereinander hatten.

So hatte einer dieser Leute einem Nachbar, der nach einer anderen Ortschaft zog, eine russische Kassenanweisung von fünf Silbergulden mitgegeben, um sie dort abzuliefern.

Unterwegs stärkte das Pferd, blieb auf der Stelle tot, und der Mann glaubte, daß übergegebene Geld für seinen Verlust behalten zu dürfen.

Die im Kaufhaus übliche Rechtsanschauung gefiel aber dem ursprünglichen Eigentümer des Geldes nicht, und es entstand dieserhalb ein großer Streit im Dorf. Man nahm für und gegen die beiden Partei und wahrscheinlich wäre aus der an sich geringfügigen Sache eine Blutthat entstanden, wenn nicht der Leiterin der Gemeinde eingefallen wäre, dem Gefangenen die Entscheidung über den verwickelten Fall zu übertragen.

Die ganze Einwohnerschaft des Dorfes gab sich unter lautem Lärm zu diesem, um so schnell wie möglich das Urteil dieses schwierigen Prozesses zu hören.

Der Graf wurde aus der Hütte geholt und auf deren Plattform geführt.

Sein Gefangenwärter war ein Greis von etwa sechzig Jahren, von riesenhafter Körpergestalt und wilden, finsternen Gesichtszügen; er sah häßlich, roch häßlich und gelüstig.

Zwei seiner Söhne waren im Kampfe mit dem gefangenen Deutschen gefallen, eine Ursache mehr, die ihm die Bewahrung desselben verhalf, als daß die Söhne und deren Kinder, einem Knaben von acht Jahren.

Das Weib war so boshaft und gehässig, wie der Alte. Sie saß in dem Gefangen nur den Leibes des Tochters ihres Mannes.

Der Knabe Mamed wurde dagegen bald freundlich und aufrichtig zu dem Deutschen. Er nannte ihn seinen "Kanal", in der Tadschiken-Sprache so viel wie Gastfreund, teilte heimlich seine Butterbissen mit ihm, und war ihm bald eine Quelle der Erholung und Beruhigung.

Es verlossen jedoch einige Monate, ohne daß von außen eine Botschaft über den Gefangenen einlief.

Während dieser Zeit hatte sich aber Iwan die Zuneigung der Frau erworben, auch sogar bei allen. Er verstand gut zu Kochen, vor trefflich künstlich zu bereiten, und läßte in die Häuslichkeit seiner Wirtsleute manche Annehmlichkeiten ein.